

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Seitungspreis vierteljährlich 2400 Mk.  
Einzelnummer 250 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Betrags).

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Jannasch  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16.  
Verleger: Dr. 6800. — Postfachkonto Stuttgart 6800.

Anzeigengebühr für die sechsseitige Kolonelle  
oder deren Raum 2000 Mk.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Alle Kampfmittel anwenden!

Immer zahlreicher wurden die letzten Monate die Weisheit von dem unterirdischen Wühlen der deutschen Reaktion. Mit steigendem Eifer sammelte sie ihre Kräfte zu einem entscheidenden Schlag gegen die deutsche Republik und ihr Proletariat. Im Hass gegen die Republik und ihre Arbeiterschaft finden sich so ziemlich alle Edelgestalten der wilhelminischen Zeit zusammen: ehrgeizige Politiker, herrschgierige Militärs, verkümmerte Bürokraten, gewissenlose Rechtsverfleißer, arbeitslose Hoffschranzen, goldene Jugend, entgleiste Studenten, übergeschnappte Phantasten, gesinnungslose Zeitungsschreiber, Wucherer, Schieber und Beutelschneider wirtschaftlicher und sonstiger Art nebst viel gewöhnlichen Tagelöhnen, die auf Gelegenheiten zum „Requirieren“ und Abenteuer hoffen. Die von Lust nach Herrschaft und Beute gekittete Gesellschaft wird bewegt und genährt von einer Sippe industrieller und politischer Schwerverdiener. Diese hält sich allerdings vorsichtig im Hintergrund. Nur gelegentlich fällt ein Lichtstrahl auf ihr Treiben im dunklen Untergrund. Jedesmal werden Industriellenhände, die sonst nur raffen, als Geldgeber und Drahtzieher der reaktionären Bewegung sichtbar, immer wird offenkundig, daß die Nährväter und Drahtzieher der republik- und arbeitserfeindlichen Verbände in der Wahl ihrer Mittel von einer Strupplosigkeit sind, die ihresgleichen sucht. Sie rufen den französischen „Erbschneid“ zur Mitwirkung gegen den Deutschen Land herbei und suchen ihn durch Hinweis auf den gewaltigen Gewinn zu fördern, der Frankreich winkt, wenn der Streik gegen die Republik gelänge. Sie tasten das schwarze Tirol wie die Tschechoslowakei nach Bundesgenossen ab, kurz verpacken sie mit Tod und Teufel, um ihre Erfolgswahnsucht zu sichern. Und die kapitalistische Presse ihrerseits gelfert wie noch nie das gegen den äußeren Feind (mit dem ihre Auftraggeber zu München freundschaftlich verhandeln), um die Aufmerksamkeit abzulenken, und erzeugt eifrig patriotischen Rebell, um die landesverräterischen Machenschaften zu verdecken.

Aber die Schwerverdiener, die nur das Rafften lieben, wollen auch hier ihr Geld nicht umsonst spenden. Für die reichen Geldpfer heischen sie geziemende Gegenleistung, entsprechende Lizenzen, die viel höheren Gewinn als die gemachten Ausgaben verbürgen. Welche Lizenzen verlangt werden, zeigen die Morde an Erzberger, Rathenau, Gareis usw., als auch die Anschläge gegen Scheidemann, Harden und andere. In dessen ist der reaktionären Drahtziehergesellschaft mit der Beseitigung von hervorragenden Republikanern allein nicht gedient, den Gipfel ihrer Ziele bilden der Sturz der Republik und die Unterjochung der organisierten Arbeiterklasse. Nur erst, wenn die eine beseitigt und durch eine militärische Diktatur ersetzt, die andere geknebelt und der kapitalistischen Beutegier vollständig ausgeliefert, glaubt die Schwerverdienergesellschaft ihres Lebens erst wieder ganz froh sein zu können. Daß es auf dem Wege zu diesem schönen Ziel etliche Hindernisse gibt, hat der Kapp-Putsch gezeigt. Seine Wiederholung erfolgreich zu machen, heißt die reaktionäre Meute noch besser organisieren und einen günstigeren Zeitpunkt abpassen.

An die Organisierung der Meute sind viel Mühe und reiche Geldpfer gesetzt worden, für den probaten Zeitpunkt wurde die Führerschaft gehalten. Mit dem Einmarsch der Franzosen begannen denn auch die Kriegsvorgänge der Schwerverdienergesellschaft, die kapitalistischen Zeitungen, die Bevölkerung in eine nationalsozialistische Stimmung zu versetzen und die Arbeiterschaft zu tollen Streichen gegen den „Erbschneid“ aufzustacheln. Dies geschah in dem Glauben, daß wenn Aufmerksamkeit und Kraft des Proletariats ganz von dem Eindringling beansprucht werde, das schwerste Hindernis eines Anschlages gegen die Republik beseitigt sei. Die Rechnung war zu schön, um nicht verfallen zu werden. Gewiß hat sich die organisierte Arbeiterschaft einhellig und nachdrücklich gegen die Vergewaltigung durch den welschen Militarismus erhoben — was sie tun mußte, um ihrer Freiheit und um der Einheit der Republik willen —, aber sie hat dabei den gleichwertigen Feind im Rücken nicht aus dem Auge gelassen.

Indessen muß die deutsche Reaktion die Wachsamkeit der organisierten Arbeiterschaft gegen den inneren Feind wie auch ihren Haß gegen diesen gering, schwach gehalten haben, denn sie hatte alle Vorbereitungen zu einem Putsch getroffen. Wie vor einigen Tagen im preussischen Landtag der Innenminister Seebert überzeugend nachgewiesen hat, ist jetzt das deutsche Volk um Saarebreite an einem Staatsstreichversuch vorbeigekommen. Hätte der preussische Innenminister nicht entschlossen in das Netz der Verschwörer gegriffen, die Welt hätte einen zweiten Kapp-Putsch erlebt. Nun sind wir, auch wenn wir die Kräfte und staatsmännischen Fähigkeiten der reaktionären Landsknechte und ihrer schwerindustriellen Väterchaft sehr hoch einschätzen, nicht der Meinung, daß sie nicht aufs neue zu Paaren ge-

trieben worden wären. In Anbetracht der Wut, womit die gesamte Arbeiterschaft gegen das Gezucht der Steuerbetrüger, Volksausplünderer und Säbelschleifer, die Großschuldigen unserer Drangsal, erfüllt ist, hätte sie sich mit nie gesehener Ennütigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen den offenen Staatsstreichversuch erhoben. Ein Bürgerkrieg auf Leben und Tod wäre gefolgt. Der deutsche Boden hätte eine Würgerei gesehen, wofür unsere Geschichte seit dem Bauernkrieg kein Beispiel aufweist. Bei der gegenseitigen Vernichtung wäre das wenige, was wir noch an Wohlstand, Lebensglück und Zukunftshoffnung haben mögen, zu den Hundstod gegangen.

Obwohl durch die zeitige Enthüllung der Staatsstreichversuch einmal mehr gescheitert ist, darf nicht angenommen werden, daß sich seine Urheber nun nütlicher Arbeit zuwenden. Eher verliert die Hyäne ihre Streifen, als die deutsche Reaktion ihren Haß gegen die Republik und die sozialistische Arbeiterschaft. Sie wird ihre Anschläge gegen beide unverdrossen fortsetzen. Und ebenso unverdrossen werden und müssen Republikaner und Arbeiter den inneren Feind bewachen und gegen ihn die Fäuste bereithalten. Ihr Kampf gegen diesen ist nicht weniger wichtig, als der Kampf gegen den äußeren Feind. Dieser wie jener ringen um die Herrschaft über die deutsche Republik und ihrem arbeitenden Volk. Die Herrschaft des einen wie die des andern bedeutet Unterdrückung, Verklabung der Arbeiterschaft, noch schlimmeres Wüten der uniformierten Bestie und neuen Krieg, Freiheit und Friede werden nur geheißen, wenn der eine wie der andere beseitigt ist.

Die unbedingte Notwendigkeit des unerschütterlichen Kampfes gegen den inneren Feind läßt es recht ratsam erscheinen, zu fragen, ob denn die Arbeiterschaft bislang ihre Kampfmittel völlig und rechtzeitig eingesetzt hat. Eine kurze Betrachtung heißt die Frage mit Nein beantworten. Während der Feind sich vorbereitete, beschränkte sich die Arbeiterschaft darauf, ihn zu kritisieren, ihm das Verbrecherische seines Tuns vorzuhalten, seine Feldübungen, Appelle, Missetaten zu buchen, aber durch Handlungen selbst die Vorbereitungen zu unterbinden, dazu ist es nicht gekommen. Erst dann, wenn die Reaktion ihren Streich vollzogen, kam es auf der Arbeiterseite zu Generalstreik und ähnlichen Maßnahmen. Dann erst zeigte sich die republikanische Gesinnung durch Taten. Warum mit diesen nicht gleich bei den Vorbereitungen des Feindes einsetzten? Warum nur die Registratur der reaktionären Missetaten spielen, anstatt diese durch vorbeugende Maßnahmen unterbinden? Warum nicht Arbeitskraft und Geist der republikanischen Waffe von vornherein in den Dienst der Republik stellen? Daß es daran arg gefehlt hat, sei an einem Beispiel dargelegt:

Das mächtigste Kampfmittel der Reaktion ist ihre Presse. Tag für Tag speit sie Gift gegen die Republik und Halle gegen die „Novemberverbrecher“. Ununterbrochen verleumdet sie die Arbeiterschaft und ihre Bestrebungen. In einem fort fanatisiert sie geisteschwache Menschen, hegt sie zu Tollheiten, beschönigt und verteidigt sie unerhörte Verbrechen gegen Staat und Mitmenschen. Erst wenn die Gefährdung der Fanatisierung, diese Anreizung zu Verbrechen zur Tat geworden, beginnt die Arbeiterschaft mit ihrer abwehrenden Handlung. Wieviel Glend und Kraft könnten gespart werden, wenn die Handlung schon bei der Verstärkung der Giftsprigen, bei der Auspeitschung zu Missetaten begänne? Mit anderen Worten, wenn die Arbeiter sich entschlossen, keine Zeitung mehr zu drucken oder zu verbreiten, die gegen die Republik wirbt oder den Bestand des Staatswesens bedroht? Das kostet gewiß einen beherzten Entschluß, der indes doch leichter und weniger kostspieliger dünkt, als der, der dann gefaßt werden muß, wenn das Streben der Giftsprigen bis zum Staatsstreich gediehen ist. Die nationalsozialistischen Zeitungen werden sich um Schwarzbeine bemühen, dürfte man einwenden. Das ist zwar sehr wahrscheinlich, aber auch sehr fragwürdig, ob sie genug Sezer, Drucker, Transportarbeiter und Eisenbahner zum Sezen, Befördern und Verbreiten des Papiers fänden.

Wiederholt haben sich Metallarbeiter geweigert, Munition gegen äußere Feinde zu erzeugen, ebenso müßten sich Zeitungs- und Transportarbeiter weigern, für den inneren Feind Munition herzustellen und zu befördern. Was dem einen Beruf recht ist, muß dem andern billig sein. Mit der Anführung des einen Beispiels soll es sein Bewenden haben. Bei einigem Nachdenken lassen sich leicht noch mehr Möglichkeiten finden, der reaktionären Gefahr schon im Entstehen wirksam zu begegnen. In dem betreffenden Gewerkschaftsbund die Waffenkammer des Proletariats zu bilden, die Demokratie zu verteidigen. Denn Politik heißt die zeitigen Einsetzung.

### Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei

Aus München wird uns geschrieben: Bayerns Hauptstadt ist zum Sammelpunkt des wildesten reaktionären Gezuchts geworden. Hier kommen die Todfeinde der deutschen Republik zusammen. Daß ihr Aufenthalt nicht gestört wird, läßt sich die Postdirektion sehr angelegen sein. Alle vom stellunglosen Generalquartiermeister bis zum kleinen Leutnant der Kaiserzeit haben in und um München herum ihren Wohnsitz, von wo aus sie ihre Pläne spinnen zur Wiedererrichtung der glorreichen Monarchie.

Im Bund vaterländischer Vereinigungen sind die verschiedenen monarchischen Gruppen zusammengeschlossen. Damit auch der gute, monarchisch gesinnte Arbeiter einen Hort findet, ist die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gegründet. Daß sich in dieser Arbeiterpartei kein Arbeiter befindet, sei nebenbei bemerkt. Im Jahre 1919, angeblich von „einigen Arbeitern“ unter Führung des heutigen Ehrenvorsitzenden Anton Drexler, einem Metallarbeiter, ins Leben gerufen, trat diese Gründung, abgesehen von einigen Versammlungen, wo ein Dipl.-Ing. Feder über die „Brechung der Zinsnechtschaft und internationales Börsentapital“ sprach und dabei weiblich über die Juden als die allein Schuldigen an dem deutschen Elend loszog, nach außen wenig in Erscheinung. Erst als ein Jahr später Adolf Hitler, der „kommende Mussolini Bayerns“, das Steuer der Partei übernahm und in einer Versammlung im Postbräuhaus die 25 Thesen der Partei verlas und begründete, kam Leben in das Gebilde.

Im Vordergrund der nationalsozialistischen Agitation stand von nun an der Kampf gegen das Judentum. Auf großen blutroten Plakaten wurde zur Versammlung eingeladen. Viele Neugierige fanden sich ein, die den neuen Propheten anstarrten. Da dem Spießherm tieferes Denken ein Greuel und es gerne geneigt ist, irgendwelchen Menschen die Schuld an dem Unglück Deutschlands beizumessen, jubelte es beim Redner zu, der die Juden allgemein als Wucherer, Schieber und Kriegsgewinnler darstellte. Charakteristisch dafür, wie sich die Leitung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei die Lösung der Judenfrage denkt, ist der Auszug aus der Rede eines ihrer Führer, Esser, der als junger Ghymnast im Jahre 1919 sein radikales Herz entdeckte, eine zeitlang Kolonist an einer sozialistischen Zeitung war und dann bei den Nationalsozialisten landete. Er stellt sich die Lösung so vor:

Da erklart eines Tages die Regierung, binnen 24 Stunden hätten sich alle Juden mit einer Kasse, Koffgehirn und Lebensmitteln auf acht Tage und mit ihren Papieren in einem Lager zu melden. Wer bis zu einer bestimmten Stunde nicht da sei, werde erschossen. Sei dann die ganze Gesellschaft beisammen, so solle man durch Handdruck den Ententemächten mitteilen, wenn die Franzosen nicht binnen einer gewissen Zeit rückwärts über den Rhein zögen, wären wir gezwungen, 50 000 Geiseln einer „höheren Macht“ zuzuführen. Da werde man sehen, wie das internationale Kapital nicht einen Augenblick zögern werde, die französischen Armeen zur Rückkehr zu veranlassen. Diese Lösung wäre unblutig und so menschlich als nur etwas.

Sehe nationalsozialistische Versammlung wurde und wird von einem Sturmtrupp vor etwaigen Störern und Unbedeutenden geschützt, der jede abweichende Meinung einfach nieder schlägt. Diese Sturmtrupps bestehen in der Regel aus jungen Burchen von 18 bis 22 Jahren, die seit 1918 abentuernd umherziehen, teilweise früher den Baltikumern oder der Erhardttruppe angehörten oder sich in Oberpfälzen Lot-Beeren zu verdienen versucht haben. Ehrlicher Arbeit sind sie jedenfalls stets in weitem Bogen ausgewichen. Die Führung hat ein früherer Leutnant. Bewaffnet sind sie mit „Radiergummi und Feuerzeug“, das heißt mit Gummi knüppel und Revolver.

Bis vor einem Jahre war München fast ausschließlich das Tätigkeitsgebiet der nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Dann aber fandte sie Redner auch in die übrigen Städte Bayerns, und zwar stets unter Deckung eines oder mehrerer Sturmtrupps. Bei diesen Versammlungen kam es fast überall zu blutigen Zusammenstößen mit der reorganisierten Arbeiterschaft. Stets konnte man dabei beobachten, daß die ausgetohene Reichs- oder Landeswehr sich auf die Seite der Nationalsozialisten schlug. Das ist bei der Gesamteinstellung der bairischen Regierung nicht weiter verwunderlich, deren Auffassung aus der Erklärung des bairischen Innenministers Schmeyer hervorgeht:

Wir haben alle Ursache, uns zu freuen, daß in der nationalsozialistischen Arbeiterpartei der nationale Gedanke innerhalb der Arbeiterschaft wieder seine Auserkennung findet.

Das sozialistische Organ Münchens, die Münchener Post, führt seit Jahr und Tag den schärfsten Kampf gegen das nationalsozialistische Gezucht. Die fortgesetzten und einwandfreien Enthüllungen des genannten Blattes haben die nationalsozialistische Arbeiterpartei veranlaßt, die Maske fallen zu lassen. Sie bekämpft nunmehr offen die sozialistische Arbeiterorganisation. „Nieder mit den Novemberverbrechern“ verkünden jetzt blutrote Plakate. Außerdem werden die sozialistischen Arbeiterführer als unter jüdischem Einfluß und mit jüdischem Gelde arbeitend hingestellt. Bei solchen Lügen brauchte man auf gleichwertige Taten nicht zu warten. Im Verlaufe der letzten zwei Jahre sind verschiedentlich Handgranaten in die Gebäude der Münchener Post und des (früheren unabhängigen) Kampfkomitees geworfen worden. Kürzlich wurde mit tätiger Hilfe sogenannter Anführerlinge ein regelrechter Sturm auf die Münchener Post unternommen. Die Polizei schauete diesen Missetaten ruhig zu. Diese Tatsache hat die sozialistische Arbeiterschaft Münchens bestimmt, sich

einen Selbstschuß aus zuverlässigen Genossen zu bilden; der fortan für den Schutz der Versammlungen und ihres Eigentums sorgt.

Angesichts der weit über die bayerischen Grenzen hinaus betriebenen und sicherlich sehr kostspieligen Werberarbeit der Nationalsozialisten tauchte wie von selbst die Frage auf: Woher kommen die Geldmittel der nationalsozialistischen Arbeiterpartei? Die Süddeutsche Demokratische Korrespondenz hatte schon im letzten Dezember an Dr. Kuhl, den Syndikus des bayerischen Industriellenverbandes, die öffentliche Anfrage gestellt, ob es richtig sei, daß zwischen sehr einflussreichen Mitgliedern des bayerischen Industriellenverbandes und sehr freigebigen Geldgebern des Herrn Hitler Personalunion bestünde und ob er, Kuhl, bestreite, daß er, als der maßgebendste Mann des Industriellenverbandes und in ihm auch verwandtschaftlich sehr nahe stehender Herr zu diesen Geldgebern gehöre.

Der also gefragte Kuhl stellte sich schweigsam, was die genannte Korrespondenz betanlachte, noch etwas deutlicher zu werden. Sie stellte nun klipp und klar fest, daß Herr Kuhl neben einigen anderen hervorragenden Mitgliedern des bayerischen Industriellenverbandes dem Hitler namhafte Summen zur Finanzierung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei gegeben habe.

Kuhl habe ferner in den Kreisen des Industriellenverbandes um Gelder für die nationalsozialistische Arbeiterpartei geworben. Er habe mit Hitler persönlich verhandelt, um die Nationalsozialisten als Schutztruppe für gewisse Unternehmerkreise zu gewinnen. Bis heute hat Herr Kuhl diese in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe nicht widerlegt.

Weiter schreibt der Bayerische Kurier, das führende Zentrumsorgan Bayerns: „Uns sind Gerüchte zugetragen worden, welche den Geldzufluß an die nationalsozialistische Partei mit französischen Quellen in Zusammenhang brachten.“

So sieht die Partei aus, die sich anmaßt, die noch Anführer des Herrn Hitler überlebten sozialistischen Arbeiterorganisationen abzulösen. Für jeden Einsichtigen ist es klar, daß es sich hier um eine Partei handelt, die planmäßig ihre Anhänger als Schutztruppe der Unternehmer erzieht und an die Stelle der früheren gelben Organisationen treten soll.

Wilhelm Heide.

### Was im Ruhrkampf geschieht und nicht geschieht

Beim Anblick einiger Geschichtsbücher im Ruhrkampf könnte man kaumgerne bemerken. Da ist zunächst die alte Kriegserklärung, daß so viel gelogen wird. Nikolai geht wieder um. Gelogen wird vornehmlich von denen, die eigentlich dazu da sind, Lügen unnötig zu machen, von den Nachrichtenbüros. Wer nicht irreführt werden will über die Vorgänge im Ruhrgebiet, sollte heute überhaupt keine Zeitung, mindestens keine Tageszeitung lesen, denn die verbreiten alle schon deshalb falsche Lügen, weil sie selbst angelegen werden. Die Welt ist seit der Lügenorgie des Weltkrieges nicht um ein iota moralischer geworden. Immer noch erhebt sich die Rüge des Rufes eines würdevollen Kampfmittels. Nur ein, allerdings drastischer Fall sei erzählt: Am 17. März brachte ein Amtsblatt in der Nähe der östlichen Besatzungsgrenze einen spaltenlangen, von glaubwürdiger amtlicher Seite zugesicherten Bericht über die Lynnung zweier deutscher Beamten durch französische Soldaten, der von einer so elektrisierenden blutigen Phantasie zeugte, daß den Lesern dieses Landkreises die französischen Besatzungstruppen als die schlimmsten Bestien erscheinen müßten. Keine erdenkliche Qual war in dem Bericht den beiden deutschen Beamten geschildert worden, die ganze Schilderung gliederte sich einem Nachbild der spanischen Hölle. Und als Quelle gab das Blatt eine „gläubwürdige amtliche Seite“ an.

Dem will ich eine schlichte Tatsache bei der „Bestandesaufnahme“ auf dem Höder „Phönix“ bei Dortmund gegenüberstellen, die mir ein Vertrauensmann des Metallarbeiter-Verbandes als Augenzeuge und Mitbeteiligter berichtet. Als am Montag den 12. März die Franzosen auf dem Phönixwerke in parkieren Truppen erschienen, verließen viele Arbeiter des Werkes ihren Arbeitsplatz (auch erst nach Ermahnungen der Betriebsleitung) und es kam auf dem Wege zu Metallwerksgebirgen gegen die Franzosen Einzelne Arbeiter gingen so weit, die französischen Soldaten mit Sand zu bewerfen und vor ihnen auszuweichen. Als die Franzosen sich mit ihren Bajonetten weiter vorrückten, wurden sie vom französischen Offizier daran gehindert. Es zeigte sich also, daß der französische Offizier länger handelte als diese deutschen Arbeiter. Doch eine solche Nachricht wird man in der gesamten Ruhrpresse vergebens suchen.

Welche Kreise der Bevölkerung sind durch die fortgesetzten Schreckensnachrichten in der Presse völlig koplos geworden. Sie erzieht es, daß im Eigensinn eine Arbeiterschaft das ihr gehörige Patrios ihren dreijährigen Tüben unter dem Hosenbündel verpackt, weil sie nach einer Zeitungsnotiz glaubte, die Franzosen hätten den Arbeiter jeden über 10000 A reichenden Betrag ab. Die sehr feigen Propagandisten durch die Franzosen sind meines Erachtens in erster Linie durch die deutsche Lügenpropaganda provoziert worden. Die Folge der Zeitungsberichte ist, daß um so mehr Schamerwörter und Lügen.

Die politischen Folgen dieses Lügenfeldzuges müssen mit jedem weiteren Tage der Besetzung verheerender werden. Nicht nur wächst durch sie die giftige nationalsozialistische Flut in Deutsch-

land, diese höchst gefährliche Welle, die einer Verständigung der Gegner hindernd im Wege steht, es wird dadurch auch im Ruhrgebiet selbst das Durchhalten besonders erschwert, weil dieser Lügenmoral die Franzosen zu ganz unmöglichen scharfen Maßnahmen treibt. Haben wir denn Ursache, die Franzosen zu reizen? Nur ein politischer Verbrecher wird geneigt sein, diese Frage zu bejahen. Die Reichsregierung hätte schon lange reichlich Gelegenheit gehabt, diesem Lügenfeldzug energisch entgegenzutreten.

Dann ist es die Sache mit dem „Preisabbau“, die die Arbeiter im Ruhrgebiet besonders beunruhigt. Die Regierung fordert den Preisabbau von den Geschäftsleuten, die Geschäftsleute klagen über den Käuferstreik, die Unternehmer wollen die Löhne „stabilisieren“. Und jeder Reichsbankausweis bringt die Werbung von der Vermehrung der Notendruck um fast rund eine halbe Milliarde. Es scheint, es regnet in Berlin die Fünf- und Zehnmarknoten wie Hagel. Ist es da ein Wunder, wenn die Geschäftsleute nicht an die Marktstabilisierung glauben und die Preise ihrer Waren nicht heruntersetzen wollen? Was viel wichtiger und nötiger wäre, um eine Preislenkung herbeizuführen, eine Reform der Steuer- und Finanzpolitik, das geschieht nicht, das wird verweigert unter den schäblichsten politischen Ausreden. Daß der Dollar nicht nur von 50 auf 20000 gedrückt wurde, sondern in Wirklichkeit von 10 auf 20000 erhöht wurde seit dem Anfang der Ruhrkrise, das haben die meisten selber vergessen und das ist für die Preisgestaltung heute entscheidender als die Dollarkurs. Viele Geschäftsleute können einfach nicht mit den heutigen Preisen heruntersinken, wenn sie weiter wirtschaften wollen und keine durchgreifenderen Maßnahmen von oben her erfolgen. Andere verkaufen mit Verlusten, die getragen werden können dank der gewaltigen Gewinne aus den Zeiten der Markverschlechterung.

Aber eine radikale Preislenkung kann nach den bisherigen Maßnahmen der Regierung nicht erfolgen. So haben die Arbeiter den Glauben an die laut verkündigte Verbilligungaktion verloren und der Wille und die Kraft zum Durchhalten werden dadurch wiederum arg geschwächt. Weder Verbraucher noch Erzeuger und Händler sehen eine Gewähr für den Bestand der jetzigen Dollarkurse. In Wahrheit kann die Regierung diese Gewähr auch nicht schaffen, solange die wichtige Finanz- und Steuerpolitik fortgesetzt wird. Dieses Kapitel ist vielleicht das betrübendste in der ganzen Ruhrfrage, es beweist schlagend, daß nicht die bestehenden Kreise Deutschlands die Kosten des Ruhrkampfes bestreiten, sondern daß dieser Kampf auf dem Rücken der Arbeiter und Beamten ausgetragen wird.

### Die Verdrängung der Papiermark

geht unauffällig vor sich. Die Zahl von sogenannten Festwertpapieren, also Wertpapieren, deren Gegenwert nicht in Papiermark, sondern auf Naturalien oder selbst in Gold lauter, häuft sich jetzt derart, daß es sehr zu bedauern ist, einen Überblick darüber zu behalten, welche dieser neuen Papiere durch die produktive Tätigkeit der ausgedehnten Kreise genügend gesichert sind. Auch in den Sparkassenverkehr dringt der Festwert immer mehr ein. Sind schon bisher auf Grund der Naturalpapiere bei einzelnen Sparkassen Festwertkonten eingeführt worden, so geht jetzt die Badische Landwirtschaftsbank auch dazu über, Gold-Spareinlagen anzunehmen. Die durch Dollarkursanweisungen des Deutschen Reiches gedeckt sind. In der Industrie ist das Streben nach einem Goldabrechnungswert sehr stark, der Industrie- und Handelsbedarf hat eine Entschleunigung, die ihn fordert, neuerdings veröffentlicht. Die Banken verhalten sich vorsichtig dazu, noch abblehnd. Der ganze Umstellungsvorgang könnte wesentlich erleichtert werden, wenn die Reichsbank sich zu einer Erklärung darüber entließ, ob die Reichsbank gesonnen ist, die jetzt eingeleitete Stützungspolitik für die Mark nicht nur während der Dauer des Ruhrkampfes, sondern auch nach seiner Beendigung als wesentlichen Bestandteil ihrer Politik anzusehen. So wie die Dinge jetzt liegen, sucht man das neue Wertmaß, die Goldmark, just zu einer Zeit, wo die Papiermark immerhin einen einigermaßen beständigen Goldwert hat. Je mehr aber Industrie und Handel sich gegen eine etwaige weitere Verschlechterung des Geldwertes sichern, desto mehr wird auch die Arbeiterschaft vor die Frage gestellt, ob sie nicht auch ähnlichen Sicherungen suchen soll. Durch alle derartigen Verdrängungen wird aber eine gewisse Unruhe und Uneinheitlichkeit in der für die gesamte Wirtschaft wichtigen Frage, welcher Wertmaßstab überhaupt als verbindlich anerkannt werden soll, hervorgerufen.

### Die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades in der Industrie

geht mit aller Klarheit aus den Erhebungen des Reichsarbeitsblattes hervor, die sich dieses Mal über 1800 Betriebe mit 1,2 Millionen Beschäftigten erstreckte. Von den Beschäftigten waren 27 v. H. — gegen 32 v. H. im Vormonat — in gutbeschäftigten Betrieben tätig. Die Zahl der Arbeiter, die in Betrieben mit befriedigendem Beschäftigungsgrad arbeiten, war wie im Vormonat 42 v. H.; dagegen ist die Zahl der in (schlechtfestgestellten) Betrieben tätigen Arbeiter von 26 v. H. auf 31 v. H. gestiegen. So war der Stand am 15. Februar. Die Ausrichtungen für die nächsten 14 Tage wurden gleichfalls als etwas schlechter angesehen. Die Abwärtstendenzen der Industrie machen sich also bereits sehr stark in einem Nachlassen des Beschäftigungsgrades bemerkbar. Sie sind weniger auf die Besetzung des Ruhrgebietes als auf die Stabilisierung der Mark zurückzuführen, die naturgemäß erhebliche Störungen am Warenmarkt auslösen mußte. Es wäre aber falsch, wollte man annehmen, daß ohne die Stabilisierung der Mark die Entwidlung anders verlaufen wäre. Im Gegenteil: zu früheren Konjunkturperioden hat sich nämlich im zweiten Halbjahr vorigen Jahres bereits klar gezeigt, daß die Verschlechterung des Marktverhältnisses und die damit verbundene Besserung der Exportausrichtungen keineswegs mehr dem Arbeitsmarkt eine Stütze bietet, sondern daß bereits damals der Anstieg zu den Arbeitsnachweisen ebenso wie die Zahl der Erwerbslosen allmählich zunahm — eine Folge der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung, die jetzt nur verächtlich in Erscheinung tritt.

Franzose L'Arch im Jahre 1765 Untersuchungen über die Dauer des Lichtstrahls an, die er bei einer im Kreise geschwungenen glühenden Kugel auf 1/2 Sekunde angab. Im gleichen Jahre veröffentlichte der französische Gelehrte und Physiker Jean Antoine Nollet ein Werk, in dem er zeigte, daß schnell rotierende Körper scheinbar eine andere Gestalt annehmen, so beispielsweise ein Ring die Gestalt einer Halb- kugel, wenn er um eine in seiner Ebene liegende Achse gedreht wird. 1827 wurde die sogenannte „Dandereife“ bekannt, die ihr angelegter Erfinder, der Physiker John Ayrton Paris, „Tachymeter“ (griech. tachna = Mäße) nannte. Ihre Erfindung soll aber auf einen gewissen Dr. Fittou zurückzuführen, der durch ein Experiment des belgischen Astronomen Herschel — eine Kugel freilassen zu lassen — dazu angeregt worden sein soll. Die Dandereife bestand aus einer Papptafel, auf deren einer Seite zum Beispiel ein Vogel und auf der anderen Seite ein Käfig gezeichnet war. Verdrehte man sie mit Hilfe von zwei daran befestigten Fäden in schnelle Umdrehung, so er- schien es den Betrachter, als läge der Vogel im Käfig. In der darauffolgenden Zeit beschäftigten sich dann auch mehrere namhafte Forscher mit Versuchen über die Dauer des Lichtstrahls auf den menschlichen Auge, so auch der belgische Forscher J. A. Plateau. Er erfindet 1828 das sogenannte Scheinrad, das er „Phenakistipon“ (griech. phenakismos = Petrus, Täuschung) nannte. Zu gleicher Zeit, jedoch ganz unabhängig davon, wurde dieses Instrument auch von dem Wiener Professor Stampfer erfinden, der ihm jedoch den heute noch gebräuchlicheren Namen Stroboskop (griech. strobein = im Kreise drehen) gab. Es bestand aus einer runden Papptafel, die am Kreise in gleichmäßigen Abständen Schlitze besaß, unter denen Bilder ein nach hellem Gegenstandes in verschiedenen Stellungen gezeichnet waren. Die Scheibe wurde um eine horizontale Achse gedreht und gegen einen Spiegel gehalten, in dem man durch die Schlitze hindurch die Bilder betrachten mußte. Sobald man die Scheibe in rasche Umdrehungen, so erwiderte die aufeinanderfolgenden Bilder den Eindruck, als handle es sich um ein einziges in Bewegung befindliches Bild. Von diesem Instrument wurde in der Folge die mannigfaltigsten Verbesserungen versucht. Die größte Verbesserung fand die Form, die

### Dollar und Fleischpreise

Obwohl nach dem Rückgang der Einfuhr von Futtermitteln, die in den letzten Jahren zu verzeichnen war, die deutsche Viehzucht fast ausschließlich mit inländischen Getreide und Hackfrüchten arbeitet, hat sich bekanntlich der Fleischpreis dank der freien Wirtschaft außerordentlich schnell dem Dollarkurs angepaßt. Die Folge davon war, daß sowohl die Einfuhr von Geflügel als die von inländischem Vieh sich eine ganze Zeitlang billiger stellte als die Fleisch inländischer Erzeugung. Erst nachdem die fremde Konkurrenz sich verhärtete, gingen die Viehpreise zurück, aber auch je vollzog sich die Abwärtsbewegung mit dem Fallen des Dollarkurs langsamer, als früher die Preise mit dem Steigen des Dollarkurs emporgeschritten waren. Ein Bild von der Preisentwicklung am Viehmarkt gibt folgende Übersicht der Fleischpreise, die für je ein Pfund Lebendgewicht bezahlt wurden:

Stand des Dollars	Rinder	Färbler	Schafe	Schweine
16. Januar 11875	1100	1150	750	800
31. " 49000	2900	2400	2500	1400
17. Februar 19500	2800	2600	2100	1200
15. März 20822	2500	2500	2200	2000

Trotz des Preisabbaues am Viehmarkt, dem die Fleischpreise Kleinhandel wiederum nur zögernd gefolgt sind, ist für breitere Bevölkerungsmassen das Fleisch ein immer noch unerschwingliches Nahrungsmittel. Es wird mehrer Aufträge der Behörden sein, die Begünstigung der Einfuhr billigeren Fleisches und die scharfe Handhabung der Wucherbestimmungen die Fleischpreise zu senken.

### Der Abbau der Kohlensteuer

steht unmittelbar bevor. Er erfolgt, weil man damit die Vorkaufung für die Ermäßigung der Preise für eine Reihe von industriellen Produkten schaffen will. Das Loch, das dadurch wieder im Staatshaushalt entsteht, wird freilich die Notenpresse zu verstärkter Tätigkeit und die Preise zur Aufwärtsbewegung anregen. Um so mehr ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß auch andere Produktionskosten des Kohlenbergbaus in der letzten Zeit eine rüchliche Bewegung zeigen. So sind die Holzpreise auf Auktionen ganz wesentlich zurückgegangen und es fällt der staatlichen Forstverwaltung oft schwer, das eingeschlagene Holz am Markt unterzubringen. Andererseits muß eine Ermäßigung der Kohlensteuer auch auf die Materialproduktionskosten insbesondere auf die Eisen- und Stahlerzeugung einwirken. Es ist also auch auf diesen Gebieten ein Preisabbau zu erwarten, wenn nicht mit beherrschender Gewalt durchzusetzen. Gerade die Industrieunternehmen, die sich trotz der Ermäßigung der übrigen Warenpreise den Großhandel noch erhöht oder wenigstens sich auf ihrer alten Höhe gehalten haben. Die Gesamtheit der Industriearbeitskräfte und Fabrikanten muß im Preise wesentlich gesenkt werden, wenn man die Preise der verarbeitenden Industrie und damit deren Warenabfuhr fördern will.

### Alexander Schlicke 60 Jahre alt

Am 26. März hat unser Kollege Alexander Schlicke sein 60. Geburtstag gefeiert. Unsere herzlichsten Glückwünsche seien ihm hiermit dargebracht. Und wir sind überzeugt, daß eine hunderttausendköpfige Kollegenerschaft Ihre Wünsche zu den untrüglichen 100 Jahren schied Kollege Schlicke von seiner Stellung als erst Vizepräsident der Reichsarbeitsminister gewesen, heute leitet er das Berlin- des- Internationalen Arbeitsrates. Obwohl er nicht mehr offiziell mit unserem Verband verbunden ist, ist seinerseits das Arbeitsverhältnis das gleiche geblieben. Was leicht verständlich ist, Kollege Schlicke war talent und helfend dabei, als (1891) das gewerkschaftliche Riefenfindlein zu Frankfurt aus der Taufe gehoben wurde er wurde zu seinem ersten Pfleger bestellt, er hütete und gestaltete von Kindesbeinen an bis zur Mannbarkeit. Wenn das Kindlein heute der alles übertragende Riese in der internationalen Gewerkschaftsfamilie ist, so hat daran Kollege Schlicke ein Maß von Verdienst, das schwerlich überschätzt werden kann. Welche Sorgen und schlaflose Nächte ihm das Kind verursacht hat, vermag nur der ganz zu messen, der die erste schwere Zeit seines Daseins teilnehmend durchgemacht hat. All die Würden und Sorgen unseres Verbandes waren in erster Linie Würden und Sorgen seines ersten Vorstehenden. Der Versuch, von dessen gewerkschaftlichen Leistungen zu schreiben bringt uns die Verlegenheit der Fülle. Denn von Schlickes Leistung für den Verband reden, heißt die Verbandsgeschichte darlegen. In dem mächtigen Organisationsgebäude, das heute der deutschen Metallarbeiterchaft Schutz und Schirm bietet, steht der Name Alexander Schlicke unbergänglich tief eingemeißelt. Neben seiner vielgestaltigen reichen Arbeit für die deutsche Metallarbeiterorganisation hat Schlicke als internationaler Sekretär mehr als irgendjemand anderer für die Eisen- und Internationale geleistet. Solches kann nur ein vollbringen, der über unverwundliche Schaffenstaut und große Liebe zum Werk verfügt; nur einer, dessen Herzensborn einen reichen Fontänen von Glauben, Mut und Begeisterung birgt. Es versteht sich, daß die Organisation, die man hat entstehen und groß werden sehen und dank der darauf verwendeten Mühe und Sorgfalt prächtig und mächtig geworden ist, ein Stück vom eigenen Leben, vom eigenen Glück. Dieses Verhältnis der Innigkeit besteht sicherlich jetzt noch zwischen Kollegen Schlicke und unserm Verband. Beide gehören von Jugend an zusammen, beide werden immerdar zusammengehören. Daß es bleiben möge, ist der innige Wunsch, den wir am 26. März mit dem Geburtstagswünschen für unsern alten, lieben, wackern Kameraden verbinden.

### Aus Schriften Walter Rathenaus

Der Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privatfache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staats, der Sittlichkeit und Menschheit.

### Aus der Geschichte des Kinos

#### Sein Ursprung und sein Werden

Von Fritz Streich

Lebten des Kino eine Erzeugnis der Kunst ist, freilich man kann jetzt darüber, wer denn eigentlich sein Urheber ist. Diese Unklarheit ist an sich sehr begründet, denn sehr viel eifriges Bemühen, Jahrtausende zurückliegende Beobachtungen und Erkenntnisse haben zu jener Erkenntnis beigetragen und jetzt ermöglicht, mehr oder weniger wertvolle Erfindungen des Ja- und Neulandes auf dem Gebiete der Chemie, Optik, Photographie und Licht haben erst in ihrer Gesamtheit das Kino in seiner heutigen Art und Leistungsfähigkeit möglich gemacht.

Wenn man sich ein einigermaßen klares Bild über die Entstehung des Kinos machen will, so muß man in der Geschichte der Licht- und Schattenspiele und auch physikalische Vorgänge betrachten, die sich schon als hundertjährige Lebensschicksale ereigneten.

Seit dem Aufkommen, mit dessen Hilfe man jetzt oder noch besser zur Darstellung einer Bewegung (griechisch kine = Bewegung) benutzt wird, ist es allüberall nicht nachweisbar. Es ist überhaupt sehr fraglich, ob die Idee die für die Kinetographie so wichtige Eigenschaften des menschlichen Auges gekannt haben, Lichtstrahlen aber eine gewisse Zeit ihres Weges hindurch festhalten.

Als dieses Instrument, das als eigenartiger Vorläufer unserer Kinetographie angesehen ist, gilt die im Jahre 1646 von dem holländischen Gelehrten Christiaan Huygens erfindene „Laterna magica“ (Glaslampe). Bei diesem Apparat, der bis vor wenigen Jahren noch ein beliebtes Spielzeug war, wurden schon damals durchsichtige Bilder gezeigt, die durch die bewegliche Kinetographie des Herrn Salgen-Fein im Jahre 1860 durch rotierende Zylinderplatten ersetzt.

Bei den wichtigsten Forschungen, die für die Entwicklung des Kinetographen von Bedeutung waren, kann wir denn erst wieder in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. So sollte zum Beispiel der

unter dem Namen „Zootrop“ oder Wundertrommel in den Handel gebracht wurde. Sie bestand aus einem mit einer Reihe von Öffnungen versehenen Hohlzylinder, in den ein mit Bildern bemalter Papptreifen gefügt wurde. Bei schneller Umdrehung des Zylinders erwiderten auf hier die durch die Öffnungen gesehenen Darstellungen den Eindruck eines lebenden Bildes.

Ganz eigenartig ist es, daß dieser Apparat dreimal erfunden worden mußte, bis er von Amerika aus zur Einführung gelangte. 1833 beschrieb ihn bereits ein gewisser W. G. Horner, 1860 erhielt der Engländer Desobigne ein Patent darauf und 1867 wurde er noch vom Amerikaner W. E. Lincoln patentiert.

Verdientliches Aufsehen erregte die im Jahre 1845 herausgebrachte Konstitution des „Projektionslebensrades“, die von dem österreichischen Artillerietechner, dem späteren Feldmarschall-Lieutenant Freiherr Franz Uchatius erdichtet worden war. Bei diesem Apparat war für jedes Bild ein besonderes optisches System vorgesehen, an denen ein Kalklichtlampe so schnell vorbeigeführt wurde, daß die auf einer Ebene eines Schirmes erscheinenden Bilder den Eindruck eines bewegten Bildes hervorriefen. Mit Hilfe dieser Vorrichtung, die Uchatius verbesserte und später für 100 Gulden (200 Friedrichsdaler) an den Vortragskünstler Döbler verkaufte, gelang es ihm, das Meisterwerk Klingenscher chinesischer Jongleure als erstes lebendes Bild auf einer Fläche zu werfen, so projizieren, wie der technische Ausdruck lautet, man doch zu sehen, daß dieser Apparat eigentlich der Urtyp unserer heute beim Kinetographen verwendeten Projektionsapparates ist.

Echon im Jahre 1849 hatte der bereits genannte Physiker Plateau den Vorschlag gemacht, an Stelle von gezeichneten Bildern Photographien zu verwenden. Versuche führten jedoch zu keiner Erfolge, weil es damals, in den Jugendjahren der Photographie, noch nicht möglich war, „Reifenbahnkassettens“ herzustellen.

Diese Schwierigkeiten überwand in seiner Art der amerikanische Photograph W. H. L. B. 1877 zuerst dadurch, daß er 24 Kameras in eine Linie nebeneinander stellte, die alle mit einem Momentenverschluss versehen waren und durch Elektromagnete auslösbar werden konnten.

# Das Alkoholverbot in Nordamerika

Von John B. Frey, Cincinnati.

**Anmerkung der Schriftleitung:** In den Vereinigten Staaten ist durch einen Ergänzungsartikel der Verfassung die Einfuhr, Herstellung wie der Verkauf von alkoholischen Getränken vollständig verboten worden. Über den Wert dieser beispiellos radikalen Maßnahme wie über ihre Wirkung auf das gesellschaftliche und sonstige Leben gehen in Europa bekanntlich die Meinungen weit auseinander. Wir haben unseren erfahrenen Kollegen Frey, den Redakteur der amerikanischen Farmer-Zeitung, gebeten, sich über die umstrittenen Fragen zu äußern. Er tut das im folgenden Aufsatz.

Es ist beinahe unmöglich, den europäischen Arbeitern ein richtiges Verständnis von dem Alkoholverbot der Vereinigten Staaten zu geben, dies weil sich die amerikanische Bevölkerung über die Sache selbst nicht ganz klar ist. Die Aufsätze und Reden, womit unsere Zeitungen gefüllt sind, bezeugen nur, wie weit die Ansichten unserer Bevölkerung über diese Frage auseinandergehen und wie ungeklärt das Problem noch wirklich ist.

Die Bestrebung, die die Zustimmung des Artikels 18 zur Verfassung (Alkoholverbot) als auch das Volstead-Gesetz (Anwendung des Verbots) zustande brachte, war die Folge einer Mäßigkeitsbewegung, die nach dem Bürgerkrieg (1861) begann. Anfänglich war diese Bewegung bloß für Mäßigkeit des Alkoholverbrauchs, doch zeigte sie im Verlaufe der Jahre eine Unterströmung für völlige Entschamkeit. Die Bewegung appellierte eher an die Vernunft der Menschen, als an den Gesetzgeber. An ihrer Spitze standen Kirchenleute, die allgemein einen genügend starken Anhang sammelten, um für Orte und Staaten das vollständige Alkoholverbot durch Gesetz zu sichern.

Die beiden ersten Staaten mit gänzlichem Verbot waren Maine und Kansas. Hier besteht das Gesetz seit 25 und 30 Jahren. In einer Anzahl Staaten wurde den Gemeinden Handlungsfreiheit (local option) zugestanden, das heißt, die Bürger eines Kreises erhielten das Recht, darüber abzustimmen, ob sie geistige Getränke im Verkauf dulden wollten oder nicht. Wo diese Freiheit bestand, kam die Alkoholfrage jedes oder alle zwei Jahre vor die Wähler. So konnte es kommen, daß ein Bezirk zwei Jahre lang „trocken“, dann wieder „naß“, dann wieder „trocken“ erklärt wurde. Aber ob nun ein Bezirk durch örtliche Entscheidung oder durch Staatsgesetz „trocken“ war, der Zweck wurde nicht erreicht. Denn geistige Getränke kamen in großer Menge in das „trockene“ Gebiet, an Gelegenheit zum Trinken fehlt es nach wie vor nicht, an Betrunkenheit nicht minder. Die einzige Folge des Gesetzes war die Schließung der Kneipen und heimlicher Verkauf geistiger Getränke.

Im Verlauf der Zeit entwickelte sich eine scharfe öffentliche Stimmung gegen die Kneipen, die bald so stark wurde, daß sich die Bewegung, der der Artikel 18 der Verfassung zu verdanken ist, die Vereinigung gegen die Kneipen (Anti-Saloon League) nannte. Unsere Kneipen, oder wenigstens eine Anzahl von ihnen, war den guten Bestrebungen der Gemeinschaft sehr schädlich. Sie waren mehr oder weniger mit Spielhäusern, Bordellen und dem politischen Schieberum verbunden. Der Kneipenwirt war in vielen Fällen der Bezirkshauptling einer (der reaktionären) politischen Parteien und oft auch Mitglied des Gemeinderats.

Dann förderte die Kneipe die häßliche amerikanische Sitte des Knudenzählens (treating). Diese Sitte ist mit einigen Sätzen erklärt: Wenn zwei oder drei Arbeiter in einer Kneipe zusammentreffen, sühlt sich jeder verpflichtet, für die andern das Getränk zu bestellen. Wenn nun, während sie beim Trinken sind, noch ein oder zwei Bekannte reinkommen, werden auch für diese Getränke gezahlt. Die Neugekommenen fühlen sich ihrerseits verpflichtet, Getränk für die ganze Gruppe zu spenden. Dies bedeutet nicht bloß, daß mehr Geld ausgegeben wird, als der Arbeiter ertragen kann, sondern auch eine Trinkerei, die über die Gefelligkeit hinaus bis zur Berauschung geht.

Die Zunahme des Übels stärkte die Bewegung gegen die Kneipe und führte schließlich zum radikalen Alkoholverbot durch die Verfassung. Doch ehe dies möglich, war eine ausgedehnte Organisation nötig. Deren Arbeit, besonders das Einsammeln der Gelder, zeigte sich sehr vorteilhaft für viele Leute, die ohnedem kein so hübsches Einkommen gehabt haben würden. Die Agitation, erst nur von einigen Kirchen betrieben, dehnte sich auf die Industrie aus. Einige der großen Industriegesellschaften, wie der Stahltrakt und der Oiltrakt, wurden freigebige Geldspender.

Wenn solche Industriegesellschaften reichlich Geld geben für eine Sache, die durch Gesetz zu erreichen ist, dann werden sie auch ihren gewaltigen Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften wirken lassen. Für die Einführung des Alkoholverbotes wurde die Zeit gewählt, wo zwei Millionen und mehr amerikanische Männer in Europa an der Front oder in einheimischen Kasernen gefesselt waren. Wozu noch die Kriegshysterie kam, die den öffentlichen Geist beschattete.

Zu dieser Zeit waren die Vertreter der Vereinigung gegen die Kneipen in Washington dermaßen einflußreich, daß kein

Abgeordneter es wagte, ihnen zu widerstehen. Von ganz zuverlässiger Seite wird berichtet, daß bei der Abstimmung über den Artikel 18 eine Anzahl Abgeordnete in betrunkenem Zustand in den Parlamentsaal und wieder hinausgeführt wurden. Dennoch stimmten sie für das Alkoholverbot, weil sie glaubten, die Vereinigung sei stark genug, ihre Widerwärtigkeit zu verhindern. Die Vertretung der Vereinigung ist noch immer mächtig in Washington. Sie hat seit der Schaffung des Verbots den allergrößten Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeübt. In welcher Richtung der Einfluß geltend gemacht wird, zeigt die Tatsache, daß in dieser Zeit weniger arbeitertfreundliche Gesetze geschaffen und mehr gegen die Arbeiterschaft gerichtete Gesetze im Kongreß eingebracht worden sind, als zu keiner Zeit seit dem Bürgerkrieg (1861). Dies ist, wie man annehmen kann, auf den Einfluß der großen Industriergesellschaften zurückzuführen, die, wie schon erwähnt, die Vereinigung gegen die Kneipen nachhaltig unterstützen.

Obwohl nun der Verkauf geistiger Getränke durch Gesetz verboten ist, hat er nicht aufgehört. Nur andere Wege hat er eingeschlagen. Er ist jetzt ein ungeheures Geschäft, dank des ungeheuren Gewinnes, wahrscheinlich noch mehr Leute beschäftigt als vorher. Ein Glas Whisky, das früher 15 bis 20 Cents kostete, kostet jetzt 60 bis 75 Cents. Früher wurden alle Arten Schnaps von konzentrierten Brennern hergestellt, heute geschieht es in Kleinbetrieben ungeheürlich an Tausenden von Häusern. Deren Produkt ist oft giftig, weil sie die Kunst nicht verstehen und ihre Apparate meist nicht von Kupfer sind. Der reiche Gewinn veranlaßt eine Menge Leute, Solzalkohol in den Handel zu bringen. Sein Genuß hat zahlreiche Todesfälle und Erblindungen gezeitigt. An den laugen Grenzen ist der Alkoholschmuggel in vollem Gange.

Unter dem heutigen Zustand hat der reiche Mann nur geringe Schwierigkeit, sich geistige Getränke zu verschaffen, während der Arbeiter auf die Gnade derer angewiesen ist, die eine ungeheuliche Brennerei betreiben. Er riskiert immer, giftiges Zeug zu erhalten, wodurch er seine Gesundheit und sein Augenlicht, ja sogar das Leben aufs Spiel setzt. Für jede ungeheuliche Brennerei, die ausgehoben wird, entstehen drei neue, so daß die Zahl der Beamten stetig vermehrt werden muß.

Als die Bewegung für das Verbot um sich griff, glaubte die Gewerkschaftsbewegung, als Ganzes genommen, sich nicht mit der Sache befassen zu müssen. Die Mehrzahl der Gewerkschafter hielt sie mehr für eine persönliche oder moralische, als eine wirtschaftliche Frage. Seitdem aber der Artikel 18 und das Volstead-Gesetz in Kraft sind, hat sich der amerikanische Gewerkschaftsbund für die Einführung von leichtem Bier (2%, v. v. Alkohol) und leichtem Wein erklärt. Er wirkt dafür, daß das Gesetz in seinem Sinne geändert wird.

Dies soll aber nicht die Wiedereinführung der amerikanischen Kneipe bedeuten, wohl aber die Möglichkeit, daß sich jedermann Bier und Wein ins Haus kommen lassen kann. Es soll weiter verhütet werden, daß der Mann, der sich sein Bier oder Wein selbst herstellt, als Verbrecher behandelt wird. Es gibt einige Gewerkschaftsbeamte, die sich für das gesetzliche Verbot erklären in der Meinung, der Lohnarbeiter sei ohne berauschende Getränke in einer besseren Lage. Ich glaube indes nicht sehr zu zagen, wenn ich sage, daß die überwältigende Mehrzahl der Gewerkschafter gegen das Gesetz ist, weil sie in dem Verbot eine Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit und ihres Privatlebens sieht.

Die Stimmung gegen das Gesetz ist schon angeschwollen. Einige Staaten haben Gouverneure und Abgeordnete gewählt, die sich während der letzten Wahlbewegung für „naß“ geminnt erklärten. Die Bürger wußten wohl, daß ihre Abstimmung das Gesetz nicht zu beseitigen vermag, aber sie wollten die Gelegenheit wahrnehmen, ihre Meinung auszudrücken. Und sie verstärken damit die Bewegung für die Einführung von leichtem Bier und Wein.

Die Frage ist jetzt noch ebenso brennend wie vor dem gesetzlichen Verbot. Sie dürfte es weiterhin bleiben. In dem Widerstand gegen eine Änderung des Gesetzes werden die Preise, die für die Beibehaltung des Verbotes sind, nun von den Leuten kräftig unterstützt, die die ungeheuliche Schnapsbrennerei und ungeheulichen Alkoholhandel betreiben. Eine noch nie dagewesene Gesinnungsgemeinschaft!

**Neuer Zuwachs der Gewerkschaftsinternationale.** Die Gewerkschaften Mexikos mit einer Mitgliedschaft von etwa 700 000 sind im Begriffe, sich der Amsterdamer Internationale anzuschließen. Wegen des Anschlusses ist eine Abordnung mit dem Kameraden Morones an der Spitze in Europa. Die mexikanischen Gewerkschafter haben die führenden Leute der Gewerkschaftsinternationale zu einem Besuche in Mexiko eingeladen. Wenn es die europäischen Verhältnisse gestatten, wird dieser Besuch im Monat März ausgeführt werden, der vor allem dem Studium der wirtschaftlichen Zustände Mexikos dienen soll, die sich seit einigen Jahren in einer tiefgehenden und günstigen Wandlung befinden.

eine photographische Kamera zur Hervorbringung von Bildern zu benutzen, bei der die auseinanderfolgenden Operationen sich automatisch auslösten und die Exposition der Bilder nach Belieben verändert werden konnte. Die Länge des Lichtempfindlichen Streifens bestimmte werden konnte. Greene, dem diese Erfindung in allen Kulturstaaten patentiert worden war, hatte sie für den geringen Betrag von 2000 Pfund (40 000 Friedrichsmark) verkauft, ohne sich wohl darüber klar zu sein, welche ungeheuren Werte er für ein „Butterbrot“ aus der Hand gab. Er selbst soll dem auch (Erfinder-schaft!) mittellos im Juni 1921 in London am Herzschlag während einer Versammlung der Kinohändler gestorben sein, in der er unbekannt und unerkannt einen Vortrag halten wollte.

Durch den Geschäft- und Unternehmungsgeist der französischen Gebrüder Lumière, die meines Wissens das erste Kinematographentheater einrichteten (das Wort Kinematographie stammt übrigens auch von ihnen), sind die „lebenden Lichtbilder“ seit 1895/96 vollständig geworden. In Deutschland (Berlin) wurden kinematographische Bilder im gleichen Jahre zuerst von Skladanowski und dann von Rejter gezeigt, und in England war es Birt Acres, der sich erfolgreich mit kinematographischen Darstellungen befaßte.

Wenn viele annehmen, daß der bekannte amerikanische Erfinder Edison der Urheber des Kinos sei, so ist das auf keinen Fall zutreffend, denn nur die Ladung des Filmbandes stammt von ihm, wenigstens ist sie ihm patentiert worden, obwohl sie vor ihm schon der Franzose Le Prince benutzt hatte. Sein von ihm in den neunziger Jahren herausgebrachter „Kinematograph“ soll nach den Behauptungen eines gewissen Francis Jenkins von diesem gestohlen worden sein. Neuerdings bemühen sich die Erfinder, den sogenannten Sprechfilm zu vermarkten, was ein gewisses Grade ergötzen die gemeinschaftlich Joseph P. Wolf und auch ihren vielen Patenten eine Verwirklichung des Problems gelingen dürfte.

# Arbeitsbedingungen amerikanischer Metallarbeiter

Künftig wurde der lange Streit in der elektrischen Industrie des hochindustriellen Bezirks Pittsburg durch einen neuen Lohnvertrag mit der Gewerkschaft der Elektriker beendet. Wir geben aus diesem Vertrag einige wichtige Bestimmungen wieder:

Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden; sie liegt zwischen 8 Uhr morgens und 4.30 nachmittags. Arbeiter, die außerhalb der Stadtgrenze arbeiten, haben die vorgeschriebene Eisenbahn oder Straßenbahn zu benutzen und die vor 7.30 und nach 5 Uhr verfahrene Zeit wird als voller Lohn berechnet. Der Wertmeister muß Mitglied der Pittsburger Ortsgruppe der Elektrikergewerkschaft sein, doch wird er vom Unternehmer bestimmt. Der Werkstättenchef darf nicht dieser Ortsgruppe angehören. Der Unternehmer kann jedes Mitglied der Ortsgruppe einstellen.

Der Stundenlohn des gelernten Mannes beträgt 1,12½ Dollar. Der Meister mit mehr als 6 Jahren unter sich erhält 1,25 Dollar die Stunde. Die Lehrlinge erhalten im zweiten Jahr 65, im dritten Jahr 65, im vierten Jahr 75 Cents die Stunde. Die Lohnzahlung findet an jedem Samstag vor oder um 12 Uhr mittags statt. Für alle Arbeit nach 4.30 bis 12 Uhr nachts wird anderthalbfacher Lohn, für die Zeit von Mitternacht bis früh 8 Uhr doppelter Lohn gezahlt. Doppelter Lohn wird ferner gezahlt für Samstag nachmittag, Sonntag und (für besonders angeführte) Feiertage. Arbeiter, die außerhalb der Stadt arbeiten, erhalten Kost, Wohnung und Fahrgehalt bezahlt.

Wenn die Ortsgruppe der Elektrikergewerkschaft außerstande ist, innerhalb 48 Stunden die vom Unternehmer verlangten Arbeiter zu beschaffen, ist die Ortsgruppe einverstanden, Arbeitskarten den Leuten auszustellen, die der Unternehmer vorschlagen mag. Wenn diese Leute wünschen, der Gewerkschaft beizutreten, so können sie im Dienst behalten werden bis zur ersten Prüfung ihrer Eignung für die Mitgliedschaft. Sollten sie die Prüfung nicht bestehen oder zur Prüfung nicht erscheinen, werden sie vom Unternehmer entlassen werden.

Im Anschluß an diesen Vertrag seien noch die in verschiedenen Metallberufen vorherrschenden Stundenlöhne und Arbeitsstunden hier wiedergegeben. Diese Zahlen sind der Monthly Labor Review, dem Monatsblatt des Amerikanischen Arbeitsamtes, entnommen. Die Angaben umfassen alle größeren Städte des Landes. Um die Zahlenvergleichbar zu machen, sind die in den Lohnverträgen (der Lohn nach sehr geringen) Ausnahmen mit geringerem Stundenlohn weggelassen. Es beträgt der vertraglich festgelegte Stundenlohn bei den

Beruf	Stundenlohn	Arbeitszeit
Ausflugkonstrukteuren	0,90—1,10 Dollar	44 Stunden
Helfern	0,80—0,77	41
Maschinenisten	0,87—1,12	41—48
Elektrikern	0,85—1,10	41
Mohrlegern	0,90—1,60	44
Klempnern	0,75—1,12	44
Dampfrohrliegern	0,90—1,60	44
Helfern	0,56—0,87	44
Eisenkonstrukteuren	1,00—1,12	44

Diese Lohnsätze galten am 15. November 1922. Seitdem sind sie in verschiedenen Städten geändert worden, aber, soweit bis jetzt bekannt, nicht nach unten hin. Diese Metallberufe gehören alle dem Baugewerbe an. Da das Baugewerbe eine der ersten Industrien ist, wo sich die Arbeiterbewegung zeigt, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die obigen Lohnsätze steigen. In den andern Berufen der Metallindustrie ist der Stundenlohn durchschnittlich etwas niedriger — 0,90 bis 1 Dollar dürfte das Mittel sein — und die Arbeitswoche um etwa zwei Stunden länger, sofern man die Gesamtheit betrachtet. In zahlreichen Orten nähern sich Löhne und Arbeitszeit den hier oben angeführten Werten.

# Angriff auf Lohn u. Achtfundentag in Holland

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: In Holland scheinen die Metallindustriellen als die Schrittmacher für Lohnabbau und Arbeitsverlängerung gelten zu wollen. Sie waren es, die im Jahre 1921 das Reich zum Angriff auf die Löhne gaben. Seitdem sind sie dabei geblieben, Lohnkürzungen einzuführen. Die Folge ist, daß heute die Löhne in der Metallindustrie etwa 20 v. H. niedriger sind als im vorigen Jahre. Dennoch sind die Herren nicht zufrieden. Jetzt haben sie eine neue Lohnregelung gemacht, die einen abermaligen Abschlag an Stelle der 48stündigen Arbeitszeit die 56stündige gefordert.

Die neue Lohnregelung, die ohne Mitberatung der Gewerkschaft zustande gekommen ist, sieht, je nach der Gemeindeklasse, für getrennte Leute einen Stundenlohn von 44 bis 54 Cents, für Ungerlene einen solchen von 30 bis 40 Cents, für Ungerlene einen solchen von 37 bis 47 Cents vor. Die Beträge stellen keinen Mindestlohn dar, sondern das durchschnittliche Stundenlohn, das heißt den Stundenlohn (für Stück- oder Zeitarbeit), der jedem Mann der genannten Gruppen durchschnittlich gezahlt wird. Dennoch bekommt der eine Arbeiter etwas mehr, der andere etwas weniger als den festgesetzten Durchschnittssatz. Die Lohnverminderung soll indes nicht auf einmal eintreten, sondern individuell und in Sätzen von 5 bis 10 Hundertteilen, je nachdem es sich die Arbeiter gefallen lassen. Wenn der Plan der Unterneher gelingen sollte, dann wird das Wochenlohn der getrennten Leute zwischen 21 und 25, das der Ungerlenen zwischen 17 und 22, das der Ungerlenen zwischen 14 und 19 Gulden schwanken.

Was mit der Arbeitszeit beabsichtigt wird, ist aus der Regelung nicht klar zu erkennen. In dem alten Abkommen stand: „Die normale Arbeitswoche beträgt 48 Stunden.“ Diese Bestimmung ist jetzt weggefallen. Das bisherige Abkommen bestimmte, daß gleich nach Ablauf der normalen achtstündigen Arbeitszeit der Abergewerkszuschlag von 25 v. H. zu zahlen sei. Nun soll der Zuschlag erst bezahlt werden, nachdem 56 Stunden gearbeitet sind.

Schade für die Herren Industriellen, daß sie für die Verwirklichung ihres Planes die Arbeiter brauchen. Deren Widerstand wird ein nicht geringes Hemmnis darstellen. Ein Jahr war es ruhig in der holländischen Metallindustrie. Dieser Zustand scheint den Herren nicht zu behagen, sie wünschen offenbar wieder Unrast und Kampf. Wir, der Metallarbeiter-Verband, sind auf einen Streit nicht gerade bedächtig, aber wenn ihn die Herren haben wollen, soll es an uns nicht fehlen. Jedenfalls kann als sicher gelten, daß unser Verband sich so kräftig wie nur möglich der Einführung von Hungerlöhnen und der Beseitigung des Achtfundentages widersetzen wird.

# Mussolini Imperator!

Kürzlich ist in Rom die erste Nummer einer großen sozialistischen Tageszeitung erschienen, die den weitläufigen Titel Imperator trägt. Sie beginnt mit einer Beisehräucherung Mussolinis, „des Roms“, bestimmt, der Imperator Italiens zu sein.“ Die erste Nummer enthält einen Schmäheartikel gegen den Corriero della Sera, der sich einige schäuderhafte Bemerkungen über die jüngsten Wundersatten des Diktators gestattet hatte. Darob wird dieses liberale Blatt hingeworfen als ein antinationales Papier, das dunkle Interessen verteidige; es sei nur dem Willen Mussolinis zu verdanken, daß es gerettet worden sei von einer jener Strafexpeditionen, die das Land von umstürzlerischen Gemeinheiten säubere... Wir würden demnach keineswegs erlaunten, zu sehen, wenn der Ministerpräsident, um unnütze Verpöndung von Robier und Linte zu vermeiden, den Senator Albertini beauftragte, die Veröffentlichung eines Blattes zu unterbinden, das sich darauf versteht, weder das neue Italien zu verstehen, noch die Notwendigkeit, zu schweigen für die, die anderer Meinung sind.“ Wie das Giornale d'Italia aus Bologna meldet, hat sich am Abend dieser Stadt eine Gruppe Sozialisten der für Süd- und Mittelitalien bestimmten Nummern des Corriero della Sera bemächtigt und diese verbrannt.

Forderungen französischer Metallarbeiter. Der kürzlich in Paris abgehaltene Kongreß der Metallarbeiter hat einer Pariser Meldung zufolge beschlossen, eine Lohnhöhung von 5 Franc täglich für sämtliche Arbeiterklassen und außerdem die unbedingte Innehaltung des Achtfundentags zu verlangen.

Dazu führte er von jedem Apparat quer zur Aufnahmehahn einen feinen seidenen Faden, der durch die Bewegungen des „Verluststieres“ zerrissen werden mußte, wodurch die Momentverschlüsse nacheinander zur Auslösung gebracht wurden.

Die erzielten Bilder waren aber keine Photographien in unserem Sinne, sondern nur Schattenbilder. Erst dem Kaiser Photographen Ottomar Anschütz, dem Altmeister der Momentphotographie, gelang es im Jahre 1885, mit Hilfe der damals aufkommenden Trockenplatten, schon Reihenaufnahmen, „Chronophotographien“ genannt, herzustellen, die bereits alle Abstellungen und Einzelheiten des bewegten Gegenstandes (Tiere) zeigten.

1888 bemühte der Pariser Physiologe Etienne Jules Marey zu solchen Tieraufnahmen „Negativbänder“, die ruckweise durch die Kamera geführt wurden. In Amerika war aber schon einem gewissen Braun im Jahre 1869 eine Vorrichtung patentiert worden, bei der die Wilscheibe sprunghaft fortbewegt werden konnte. Ein Jahr später konstruierte dann Marey seinen „photographischen Reovertapparat“, der auch allgemein als „photographische Filme“ bezeichnet wird. Mit dieser Vorrichtung war es möglich, in rascher Folge eine Reihe von Bildern des Fluges von Vögeln, Geschossen usw. aufzunehmen. So konnte er dabei zum Beispiel feststellen, daß die Flügel in der Sekunde 280, die Biene 190, die Libelle (Wasserjungfer) 28 und der Kohlweißling 9 Flügelschläge macht.

Einen gänzlichen Umschwung erfuhr jedoch die Entwicklung der Kinematographie durch die Erfindung des Filmbandes aus Zelluloid, welches Material schon 1869 von dem Pariser Gatt aus Schießbaumwolle und Kampfer hergestellt worden war. Aber erst 1890 entdeckte der deutsche Chemiker Robert Schüpphaus die Eigenschaft des Hornstoffs, Zelluloid vollkommen beständig zu machen, wodurch es gelang, den für die kinematographische Bildbildestellung so notwendigen klaren und durchsichtigen Film herzustellen. Vom Jahre 1890 an häufen sich die Erfindungen auf dem Gebiete der Kinematographie.

Als grundlegend für die uns bekannte Lichtbildherstellung hatte die Erfindung des Engländers Gristie-Greene, der zuerst

# Noch einmal: Von der Arbeitsfreude

Unsere Ausführungen von der Arbeitsfreude in Nr. 5 der M. Z. haben der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung wenig Freude gemacht. Wir konnten allerdings auch nicht erwarten, das besondere Lob des eigenartigen Philosophen dieses Unternehmertenblattes zu bekommen. Es nennt (in seiner Nummer vom 18. März) in hellem Born gegen unsere Ausführungen los. Der „Philosoph“ spricht von „gretlichem, dispositionlosem Geschreibsel, aufgewärmtem Kohl“ und erklärt gewaltig, er hätte den Aufsatz der Metallarbeiter-Zeitung keiner Erwähnung gewürdigt, wenn nicht eine Bemerkung eine Erwiderung verlangte. Und diese Entgegnung ist dann doch recht lang geraten.

Das Unternehmertenblatt schreibt, wir hätten kein Gefühl für den gewaltigen Unterschied, der überhaupt die ganze Menschheit in einzelne selbständige Persönlichkeiten und in die große Masse der unselbständigen, zum Dienen geborenen Naturen zerfallen läßt. Nein, dieses Gefühl haben wir wirklich nicht und von Natur aus hat es keine; wer sich diese den Ausbeutungszwecken ja recht bequeme Klappschere „philosophie“ zurechtlegt, soll die Natur lieber in Ruhe lassen. Immer haben die von den bösen Geistern der Machtjurpatronen besessenen Imperialisten der Politik, der Wirtschaft und auch anderer Gebiete ihre windigen Ansprüche hinter dieser Schanze verborgen, die individuellsten Raubhauptmänner sowohl als auch die mit der Organisation auch die „selbständigen“ Ausbeuter unserer Lage mit Kartell- und Preispolitik. Soll aber nach einem Urteil über den Wert der einzelnen Schichten gesucht werden, dann bekämen doch gerade jene recht wenig Gewicht, die durch irgend welche Diktatur der Macht andere von der ertäglichen Möglichkeit des Weltbewerbs ausschließen. Daß der kapitalistische Unternehmer in seinem Sinnhaftigen, „unselbständigen“ Proletariat auf die „Freiheit“ derweilt, auf Schultern Klappen ebenso rasch voranzuschieben, ist doch nur eine tolle Komödie. Die philosophische Schiebermoral der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung spricht mit brutaler Offenheit aus, was schon in die satirischen Worte gelegt wurde: „Zwei Klassen gibt's, die eine wird mit Sporen, mit Sätteln wird die andere geboren.“ Die „philosophische“ kapitalistische Klappschere dieses Unternehmertenblattes von den „einzelnen selbständigen Persönlichkeiten und der Masse der zum Dienen geborenen Naturen“ wäre ja auch für alle „selbständige“ Diktaturherrlichkeit sehr gefährlich. Denn operieren nicht auch die Siegerregierungen mit dieser kapitalistischen Moral gegen Deutschland, dem die Fähigkeit abgeprochen wurde, Kolonien zu verwalten, und das „man“ auch noch weiter zum „natürlichen“ Dienen bestimmen will?

Das Unternehmertenblatt wendet sich dann gegen unseren Satz, daß der Kapitalismus der Arbeit nicht das rechte Maß und die Freude geben könne, weil er als ausbeutender Schmarotzer von der Verzerrung der natürlichen Grundlage lebe, daß die Arbeit Freude schaffe. Der Kapitalismus habe den früheren selbständigen Handwerker, der noch seiner bestellten Arbeit viel Eigenes, viel Kunst und viel Freude mitgeben konnte, seiner Werkzeuge beraubt. Es heißt, der hier gegen den Kapitalismus erhobene Vorwurf begegne uns sehr häufig, die Anklage gegen das Fabrikwesen sei uns so gemahnt, daß fast keiner, auch wenn er im übrigen ein noch so begeisterter Anhänger des Industrialismus sei, etwas dagegen einzuwenden wisse.

Natürlich weiß aber die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung viel einzuwenden. Sie macht klaren Dank: man überlege nicht, daß auch in den sogenannten goldenen Zeiten des Handwerks nicht jeder ein kunstgewerblicher Meister gewesen sei. Wo es doch doch auf die Tatsache ankommt, daß der Kapitalismus viel weniger Möglichkeiten für die künstlerische Arbeitsfreude läßt. Das weiß natürlich auch das Unternehmertenblatt, es weist weiter darauf hin, daß „auch“ unter der kapitalistischen Herrschaft das Handwerk einen goldenen Boden habe:

Wollte man etwa behaupten, daß der Kapitalismus das Handwerk vollständig habe? Freilich hat er und vor allem die Technik gewaltige Verbesserungen hervorgerufen, aber darum ist dem Handwerker, besonders dem Kunsthandwerker, noch lange nicht die Dankschuld zu danken und die Zukunft abgeklammert.

Soweit der Kapitalismus das Handwerk nicht „totgeschlagen“ hat, hat er es vielfach verformt. Was in der Statistik als „selbständiges“ Handwerk anmarschiert, ist oft nur ein verfallener Rest des Kapitalismus, wie zum Beispiel ein erheblicher Teil der Betriebe, die bei uns vom Volk als „Bastungen der Bronnerien“ bezeichnet werden. Mit „gotischem künstlerischem Schaffen“ hat auch solche Tätigkeit wenig gemein. Und das Kunsthandwerk? Wer stellt ihm selbständige künstlerische Aufgaben, wenn die „ganze Menschheit“ nur „einzelne selbständige Persönlichkeiten“ hervorbringt und die große Masse unselbständige, zum Dienen geborene Naturen sind? Mit leeren und nicht einmal tönenden Redensarten, daß es „noch immer zu etwas Tüchtigem bringen“ könne, wer das Zeug dazu „in sich“ habe, ist doch wirklich nichts anzufangen. Aber „auch“ die tatsächliche Mechanisierung innerhalb der modernen Industrie darf nach den Lehren von der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung nicht tragisch genommen werden. Die „Psychologie“ hat ihnen „nachgewiesen“, daß zahlreiche Menschen eine rein mechanische Tätigkeit „vollkommen genügt“, und für den Rest fehlt es nicht an Stellen, „wo sich Intelligenz und Umsicht bewähren können.“ Also was will man mehr? Kein Fleiß, kein Eifer, kein Fleiß am Gewande des Kapitalismus, hat es diese Stelle nicht, dann jene „Anpassung und Gleiten“ mit Intelligenz und Umsicht bracht auch der Kapitalismus, und die nach ihrer „geistigen und sittlichen Veranlagung“ nicht geeignet sind — oder auch keine Zeigung verheißen — „in solche Posen anzuordnen, werden sich gern mit dem lebenswichtigen Dienen“ auch ihrer Bestimmung zufrieden geben, wenn es heißt (wie) aus dem philosophischen Unternehmertenblattes so vorheiß.

Weiter wird gefragt, wie der Sozialismus „mit der notwendigen Ertragsfähigkeit“ auch mehr Freude und Befriedigung an der Arbeit vereinigen wolle. Sehr befangen heißt es, es beliebt die Arbeitszeit auf sechs und vier Stunden verlegt werden solle, und es wird auf das „gute und bessere Beispiel“ der heutigen Arbeiterbewegung hingewiesen. Nun, das gute und bessere Beispiel des Kapitalismus und seine Ertragsfähigkeit heißt eben darin, daß die Klasse der arbeitenden Menschen fröhlicher und befriedigter von der Art geht, den einzelnen selbständigen Persönlichkeiten dient“ und robotet, die dann allerdings das „Vollvermögen“ wohl befriedigend vergrößerten, es aber zugleich auch in immer weniger Hände konzentriert. Damit ist aber der Klassengegensatz gemacht und verhärtet worden, dieses „bessere Beispiel“ hat die Unsicherheit im Lager der unselbständigen, ausgebeuteten Klasse vergrößert und hat weiter bewirkt, daß das Gefühl der Verehrung und Unterdrückung härter geworden ist. Denn wir wissen, darauf hat schon Karl Marx in

seinem Vortrag über Lohnarbeit und Kapital hingewiesen, und fern Kulturstand an dem, was wir bei anderen sehen, was gesellschaftlich möglich ist. Wenn also der Kapitalismus wie der Wanzergich in Heines Fabel mit dem Geldbad unter dem A — sitzt und lustig den Dessauer Marsch trommelt, dann ist diese seine „Ertragsfähigkeit“ doch gar keine Voraussetzung, sondern vielmehr gerade das Hindernis für die Arbeits- und Lebensfreude des schaffenden allgemeinen Volkes: Wir wären heute erheblich weiter in der Überwindung der Kriegs- und Nachkriegsübel, wenn nicht der parasitäre Kapitalismus die Luft am Wiederaufbau so sehr beeinträchtigte.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit bieten allerdings die Technik und besonders die junge Wissenschaft der Chemie faule geahnte Möglichkeiten, indes sind wir ohne Sorge um den Umfang der Rüstig- und der Regsamkeit der Menschen, wenn nur erst der natürlichen Freude am Schaffen mehr Raum gegeben ist. Die Sorge der anderen Fakultät, der kapitalistischen Unternehmer, bestärkt ja gerade unsere Behauptung, daß der Kapitalismus wenig Arbeitsfreude kennt. Darum hat er die Peitsche der Not. Aber diese Not wendet sich im Sozialismus, wenn auch nicht von heute auf morgen in ganzem Umfang, weil dieser Erwartung das Gefühl der Erträge entgegenstände. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung aber kennt keinen anderen Gesang, als die „Reform von innen“, die „pflichtgemäße“ Verursachung. Daß ist auch wieder recht bequem:

Mittel gibts auf Erden  
Gegen alle Pein.  
Lacht uns besser werden,  
Gleich mirs besser sein!

So einfach liegen die Dinge ja nicht: zu der inneren muß die äußere Reform kommen, beide bedingen einander und sind auf die Wechselwirkung angewiesen. Der Sozialismus kann nicht voll mit den alten Unterthanen wirteln, denen die Austerlichkeit Jochen Müllers aus Frig Reuters Stromtid eingeleitet ist: Was kann ich dorthin bauen? Und unter der kapitalistischen Ideologie können nicht die neuen sozialistischen Volkstümchen schon ganz fertig heranwachsen. Wie in den meisten Fällen, muß da wieder mit einem Sowohl-als-auch verfahren werden, was durch das Entweder-oder getrennt wurde.

## Achtstündige Arbeitszeit der Handwerkslehrlinge

In der letzten Zeit wurde vielfach in den Arbeitgeberzeitschriften ein Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts Dresden veröffentlicht, welches besagte, daß in den Handwerksbetrieben Lehrlinge über die achtstündige Arbeitszeit beschäftigt werden dürften, wenn die Fortbildungszulage in die Arbeitszeit fällt. Die Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichts gab nun der Unternehmerpresse Veranlassung, es so darzustellen, als ob Jugendliche die für den Besuch einer Fachschule freigegebene notwendige Zeit unbedingt nacharbeiten müßten. Das ist unzutreffend. Der Arbeitgeber kann nur dann in der Beschäftigung Fortbildungszulagepflichtiger von der für seinen Betrieb regelmäßigen Arbeitszeit abweichen, ohne sich strafbar zu machen, wenn eine entsprechende Festsetzung der Arbeitszeit, die im Einverständnis mit der Betriebsvertretung erfolgt sein muß, Ausnahmen für die Jugendlichen vorsieht. Der Arbeitgeber macht sich strafbar, wenn er eigenmächtig für die Schulpflichtigen eine von der Regel abweichende Arbeitszeit festsetzt. Aber auch bei diesen Ausnahmen sind gewisse Voraussetzungen notwendig, die eine Verlängerung der Arbeitszeit als zulässig erachten. Nutzungs- und Vorkorbereitungsarbeiten sind nach einem Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit zu erledigen. In dieser Entscheidung beachte das Oberlandesgericht zum Ausdruck, daß Handwerkslehrlinge als gewerbliche Arbeiter im Sinne der Arbeitszeitverordnung vom 23. November 1918 anzusehen seien, der Achtstundentag für sie auch auf Handwerkslehrlinge Anwendung. Die Verordnung wolle unter allen Umständen die achtstündige Arbeitszeit gewahrt wissen und insbesondere seien etwaige Aufnahmungs- und Vorkorbereitungsarbeiten innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit zu verrichten. Auch von einer Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit in Folge der durch den Besuch der Fortbildungs- und Fachschulen verloren gegangenen Arbeitsstunden könne keine Rede sein. Eine solche Auslegung der Verordnung sei nicht zutreffend. Der Ausfall an Arbeitsleistung durch den Besuch der Schule könne nur während der achtstündigen Arbeitszeit erfolgen. Die vom Arbeitsministerium eingezogene Klausur sei unwirksam ausgelegt worden, sie lasse eine willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit nicht zu. Auch das hauseigentliche Oberlandesgericht hat sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen und ein freisprechendes Urteil der Strafkammer Hamburg aufgehoben. Wie irreführend die Berichterstattung der Unternehmerpresse in diesen Fragen ist, geht daraus hervor, daß man wohl darauf hinweist, daß nach einer Verordnung des sächsischen Arbeitsministeriums die Fortbildungszulage auf die Arbeitszeit angewandt ist, daß man aber verschweigt, daß diese Verordnung vom 15. Februar 1912 ist. Man will vielleicht damit noch den Anschein erwecken, das jetzige sächsische Arbeitsministerium, welches ja sozialistisch ist, hätte diese Verordnung herausgegeben. Da nach dem neuesten Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates die Gefahr besteht, daß die achtstündige Arbeitszeit für Lehrlinge befristet werden kann, ist es dringend notwendig, sich gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrlinge zu wehren und ein solches Aufkommen der Handwerksmeister mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Den Gewerkschaften ist davon sofort Mitteilung zu machen.

## Dr. Striemers Rücktritt

Wie die jüngste Nummer der Betriebszeitung des ADGB meldet, ist Dr. Striemer von der Schriftleitung zurückgetreten. Als sein Nachfolger wird Genosse E. Körpel genannt. Wir gehen wohl nicht fehl mit der Annahme, daß Genosse Striemer durch die gegen ihn gerichteten Angriffe zum Rücktritt gezwungen wurde. In ihm verliert die Betriebszeitung einen hochgebildeten, erfahrungsgereichten und von besten Vollen besetzten Schriftleiter. Durch seinen Verzicht des Jagens war er mit der Technik und Organisation der Industrie gründlich vertraut, seine Eignung als Betriebspolitiker erlangt er durch eifriges Studium, langer Aufenthalt im Auslande verschaffte ihm für einen Schriftleiter höchst interessante, stetig anwachsende Berührungspunkte. Zudem beherrschte er in der Kenntnis mehrerer Sprachen den Schlüssel zur Verständigung der großen Industrieklassen. In seinem und sich weitem geistigen Aktionsradius ist die Arbeiterbewegung ebenso am, wie sie reich sein sollte, und die sie in unserer Zeit noch dringlicher brauchen wird als bislang, wenn dem unersättlichen Hunger folgen, an die Lösung der großen Wirtschaftsaufgaben ernstlich heranzutreten werden muß. Genosse Striemer war fähig, der geringste Mann für die Schriftleitung der Betriebszeitung, die noch Stoppes zu wählenden hat, gewesen, wenn seine vorgeschlagenen Eigenschaften und Fähigkeiten, von einer ebenso vorzüglichen sozialistischen Grundausbildung getragen, auf ihre höchste Bedeutung für die Arbeiterbewegung gebracht werden wären. Allein, hierin blieb manches zu wünschen übrig. Auch wir waren verschieden, daß mit dem Rücktritt der Betriebszeitung nicht einverstanden, auch wir wünschen ihr zu teilen mehr sozialistisches Geißel. Doch hielten wir es nicht für richtig, gleich und jedesmal dem Stoppes der Kritik anzugehen, weil wir glauben annehmen zu dürfen, daß Genosse Striemer sich freiwillig von selbst weigert in die sozialistische Bewegung einzutreten. Das scheint ihm indes doch schwerer zu sein, als manchen anderen, der wie er aus überlegenem Lager zu sein kann. Wir bedauern das natürlich, wir hätten es viel lieber gesehen, wenn sein geistiges Vermögen und vorzügliche Fähigkeiten von sozialistischem Geißel geformt werden wäre und er so der Schriftleitung hätte erlauben können. Wir können nur wünschen, daß sein Nachfolger, Genosse Körpel, glücklicher sein möge. Seine Zeit wird dessen Nutzen wohl nicht sein.

## Den Kriegsbeschädigten zur Beachtung

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Gau Württemberg, geht uns das folgende Schreiben mit der Bitte an die Betriebsräte ihrer Beschädigten auf diese Mitteilung sowie auf die sofortige Einreichung der Anträge aufmerksam zu machen:

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Besch. und Verlehrssteuer, ist bereit, den Kriegsbeschädigten erhöhte Werbungskosten zu bewilligen. Die Ermäßigungsbeträge sollen sich für Kriegsbeschädigte und Prothetenträger in den Grenzen von 96 000 bis 384 000 M. betragen. Hiergegen hat die landessozialistische Kommission des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten Einspruch erhoben, indem sie für die vorgenannten Beschädigten einheitlichen, und zwar den Höchsten verlangten, da der Aufwand dieser Beschädigten an Ernährung, Aufrechterhaltung der Arbeitskraft, Abnutzung von Ober- und Unterwäsche, Straßenbahnabonnements sehr groß ist. Die innerlich strömende glaubt das Finanzamt mit einer Ermäßigung bei einer Erwerbseinkünfterhöhung von 30 bis 40 v. H. laut Rentenbescheid mit 96 000 M. also 96 000 M. Werbungskosten, 41 bis 60 v. H. mit 192 000 M., also 192 000 M. Werbungskosten, 81 bis 100 v. H. mit 384 000 M., also 384 000 M. Werbungskosten zufriedenstellen zu können. Die Forderung des Reichsbundes lautet, daß die Ermäßigungen für innerlich Kranke ebenfalls für die 20 v. H. Beschädigten in Betracht kommen.

Diese Fälle sollen ab 1. April 1923 in Kraft treten. Die Anträge sind unter Vorlage des letzten Rentenbescheids und der neuesten Steuerkarte unbedenklich zu stellen. Auf Antrag können bei äußerlich Verletzten entsprechend ihrer durch Rentenbescheid nachgewiesenen Erwerbseinkünfter die gleichen Sätze wie bei innerlich Kranken angewendet werden. Die Kriegsbeschädigten erwarten jedoch vom Landesfinanzamt, daß es den Forderungen, so wie sie von der Organisation gestellt sind, ganz entspricht, da sie in durchaus beschädemem Rahmen gehalten sind.

## Eingegangene Schriften

Preise sind beim Verlag oder in einer Buchhandlung zu erlangen.

Der Verlag Buchhandlung Volkstimme in Magdeburg hat einige Schriften neu herausgebracht, die eine allgemeine Beachtung verdienen. Wie der Kapitalismus entstand. Von Dr. Walter Diegel. 112 Seiten. Grundpreis 1,50 M., Organisationsausgabe 1 M., jedes mal Leierungsschlüssel. Wie der Kapitalismus entstand. Ein Abriss der Entstehung und Wirkung des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung. Von Dr. Walter Diegel. 112 Seiten. Grundpreis 1,50 M., Organisationsausgabe 1 M., jedes mal Leierungsschlüssel. Die Entstehung und Wirkung des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung. Von Dr. Walter Diegel. 112 Seiten. Grundpreis 1,50 M., Organisationsausgabe 1 M., jedes mal Leierungsschlüssel. Die Entstehung und Wirkung des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung. Von Dr. Walter Diegel. 112 Seiten. Grundpreis 1,50 M., Organisationsausgabe 1 M., jedes mal Leierungsschlüssel.

Die Umsatz-, Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer in Handel und Industrie. Kritische Untersuchung des Standes der Beteiligung unter besonderer Berücksichtigung volkswirtschaftlicher, sozialpolitischer und gesetzgeberischer Möglichkeiten von Hans Wendlandt. Grundzahl 5,6 M. (mal Leierungsschlüssel). Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten in Deutschland. Eine Untersuchung bestehender und früherer Gewinnbeteiligungsbetriebe an Hand umfangreicher statistischer Materialien. Verfasser Dr. Werner Feilchenfeld. Grundzahl 4,5 M. (mal Leierungsschlüssel). Der Gewinnbeteiligungsbegriff und seine Grundlage von Julius Lipner. Grundzahl 2 M. (mal Leierungsschlüssel). Vorliegende Werke, die kritisch und wissenschaftlich an die Frage der Gewinnbeteiligung, Kapitalbeteiligung und der Kleinrenten herangehen, sind erschienen im Verlag Julius Springer, Berlin W. 9, Linkestraße 23/24.

## Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 8. April ist der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. April 1923 fällig.

- Anforderung zur Nachfertigung:**
- Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.
  - Auf Antrag der Verwaltungsstelle Ferner:
    - Der Schlosser Heinrich Calenbrink, geb. am 28. Juni 1887 zu Delbe, Mitgliedsbuch Nr. 4.089 925, wegen Unterschlagung.
    - Auf Antrag der Verwaltungsstelle Neßky:
      - Der Hobler Hermann Krüger, geb. am 15. November 1879 zu Görlich, Mitgliedsbuch Nr. 4.802 689, wegen Unterschlagung.
      - Auf Antrag der Verwaltungsstelle Wittenberg:
        - Der Metallarbeiter Ernst Lode, geb. am 22. Juli 1887 zu Friedland, Mitgliedsbuch Nr. 5.120 539, wegen Diebstahl.

**Gestohlen wurde:**

    - Mitgliedsbuch Nr. 4.813 761, lautend auf den Glasbläser Adolf Kreuzburg, geb. am 25. März 1896 zu Eisenach. (Eisenach.)
    - Mit Kollegialem Gruß Der Vorstand.

## Zur Beachtung! Zutritt ist ferngehalten!

von Formern und Eisenarbeiten nach Ungarn D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Gumberich (Eisen- und Maschinenfabrik Reuter); D.; nach Kronach (Eisen- & Söhne) D.; nach Lauterberg a. Harz (Kronach) W.; nach Nordlingen (Maschinenfabrik Kraus, Dupler, mechanische Werkstätten Müller, Schmidt) St.; nach Rumänien A.; von Eisenarbeitern nach Lärmig bei Aulzig, Tschechoslowakei (Hammerwerke).

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; Et = Streit; R = Rahregelung; Wt = Wirtstände; A = Auslieferung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und sind begründet zu sein.

## Anzeigen

1. Feuerschmied, welcher selbständig auf Auftragsantrag und Schmelz, Parosierbau arbeiten kann, sucht für seine Werkstatt einen tüchtigen Schmied. Schriftliche Angebote an den Vorstand des ADGB, Berlin W. 9, Linkestraße 23/24.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 E.